



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 08.06.2017**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Kleiner Saal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:04 Uhr bis 19:11 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Andreas Scholtyssek	Ausschussvorsitzender, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Töpfer	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:10 Uhr
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Wolfgang Aldag	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
David Horn	Sachkundiger Einwohner
Lars Juister	Sachkundiger Einwohner
Hans-Jürgen Krause	Sachkundiger Einwohner
Werner Misch	Sachkundiger Einwohner
Andreas Müller	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung**

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Martina Wildgrube	Referentin für Ordnung und Sicherheit
Rita Lachky	Leiterin Fachbereich Einwohnerwesen
Kerstin Ruhl-Herpertz	Leiterin Fachbereich Umwelt
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Manuela Hoßbach	Controllerin Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
Udo Rost	Abteilungsleiter Grünflächen und Friedhöfe
Detlef Wagner	Teamleiter Untere Naturschutzbehörde
Yvonne Merker	Protokollführerin

### **Gäste**

Jens Rabestein	Leiter Revierkriminaldienst
Gert Zender	Abteilungsleiter Umwelt und Landwirtschaft im Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt
Torsten Pietsch	Referent Naturschutz, Landschaftspflege, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

### **Entschuldigt fehlten:**

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Frigga Schlüter-Gerboth	Sachkundige Einwohnerin

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Herrn Andreas Scholtyssek** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Scholtyssek** informierte, dass der

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen städtischer Bäume

Vorlage: VI/2017/02962

per Dringlichkeit auf die Tagesordnung genommen werden muss, da dieser aus Versehen bei der Erstellung der Einladung nicht beachtet wurde.

Er bat um Zustimmung der Dringlichkeit zur Aufnahme auf die Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: mit mehr als 2/3 Mehrheit einstimmig zugestimmt**

Des Weiteren bat er darum, den Tagesordnungspunkt

7.1. Kriminalstatistik 2016

vor den Beschlussvorlagen zu behandeln. Dem konnten die Mitglieder zustimmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2017  
Behandlung TOP 7.1
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02900

- 4.2. 1. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02974
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen städtischer Bäume  
Vorlage: VI/2017/02962
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Kriminalstatistik 2016
- 7.2. Information zur „Umsetzung von Natura 2000 im Zuständigkeitsbereich der kreisfreien Städte“
- 7.3. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. Anfrage Frau Krischok zur Straßenreinigung
9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 13.04.2017**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 13.04.2017.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

### **zu 7.1 Kriminalstatistik 2016**

---

**Herr Scholtyssek** bat um Erteilung des Rederechts für Herrn Rabestein, Leiter Revierkriminaldienst. Diesem wurde einstimmig zugestimmt.

Bei der polizeilichen Kriminalstatistik handelt es sich um eine Ausgangsstatistik, teilte **Herr Rabestein** mit. Dabei werden Straftaten erfasst, welche durch die Polizei bearbeitet, abgeschlossen und der Staatsanwaltschaft übergeben worden sind. 2016 wurden über 29.000 Straftaten erfasst bzw. abgeschlossen bei einer Aufklärungsquote von 45,2 %.

Das Hauptproblem der Polizei in der Stadt Halle (Saale) liegt bei Diebstahldelikten durch Kellereinbrüche und Fahrraddiebstähle. Diebstahl nimmt mit 47 % den größten Teil der erfassten Straftaten ein, der Anteil der Sexualdelikte liegt bei unter einem Prozent. Tötungsdelikte werden in der Statistik nicht aufgeführt, da diese nicht durch die Polizeibehörde bearbeitet werden. Rückläufig sind seit Jahren Raubdelikte; ca. 230 Fälle pro Jahr sind für eine Stadt wie Halle (Saale) kriminalpolizeilich nicht signifikant. Hauptsächlich werden Straftaten durch Konsumenten von harten Drogen verübt.

Weiter führte **Herr Rabestein** aus, dass es keine signifikanten Abweichungen bei Delikten unter anderem im Bereich Körperverletzung, Vermögensfälschung und Graffiti missbrauch gibt.

Verstöße gegen das Asylaufnahmegesetz sind in den letzten beiden Jahren gestiegen. Dies hing mit der eingerichteten Aufnahmeorganisation im Maritim-Hotel zusammen. Rechtlich gesehen handelte es sich bei Neuankömmlingen um illegale Einreisende, welche so beantragt wurden. Dies ist durch Gesetz und Rechtslage erforderlich, eine weitere Verfolgung findet nicht statt.

Die Betäubungsmittelkriminalität nimmt seit Jahren zu. Seit ca. zwei Jahren gibt es eine besondere Aufbauorganisation, welche sich mit dem Riebeckplatz und der oberen Leipziger Straße befasst. Dadurch konnten Festnahmen und Untersuchungshaftbefehle erwirkt werden. Der Druck in diesen Bereichen muss weiterhin aufrecht erhalten bleiben.

**Herr Scholtyssek** erkundigte sich zur dienststellenbezogenen Auswertung und bat um kurze Erläuterung.

Darauf erklärte **Herr Rabestein**, dass die Kriminalpolizei zweischichtig aufgebaut ist. Es gibt den zentralen Kriminaldienst in der Behörde; dieser befasst sich mit der schweren Kriminalität (u. a. Mord, Totschlag, schwere Wirtschaftsdelikte, Bandenkriminalität). Andere Angelegenheiten werden durch das Polizeirevier bearbeitet.

**Herr Koehn** wollte wissen, ob es eine Verdrängung der Drogenkriminalität am Riebeckplatz gibt. Dies bestätigte **Herr Rabestein**. Eine Verlagerung an einen anderen Standort hat zwar nicht stattgefunden; stattdessen findet der Drogenhandel in Wohnungen statt. Dies gestaltet sich schwieriger für die Polizei, da die rechtlichen Hürden in dem Bereich deutlich höher sind.

Worauf ist die geringe Aufklärungsrate bei Eigentumsdelikten zurückzuführen und ob dies mit Personalmangel zusammenhängt, fragte **Frau Winkler**.

In einem Jahr gibt es in etwa 4.200 Kellereintritte und gleich viele Fahrraddiebstähle. Die Anzeige der Straftaten erfolgt meistens am Folgetag, informierte **Herr Rabestein**. Wenn bei jemandem Diebesgut festgestellt wird, muss es sich nicht um den Täter handeln; meistens handelt es sich dabei um einen Hehler. Das Tatverdächtigenfeld liegt in Halle bei maximal 100 Personen. Aktuell gab es eine Festnahme, wobei der Täter monatlich in ca. 150 Keller eingebrochen ist. Dies hat sich in der Statistik bemerkbar gemacht.

**Herr Müller** wollte wissen, an wen man sich wenden muss, wenn der Verdacht des Verkaufes von Diebesgut besteht. Hierzu gibt es das elektronische Anzeigenportal, sagte **Herr Rabestein**.

**Herr Dr. Fikentscher** erkundigte sich, welche Aufgabe die Polizei in Bezug auf die Versicherung bei Fahrraddiebstählen wahrnimmt. Die Polizei nimmt die Anzeige auf und die Versicherung fragt im Zweifelsfall die Vorgangsnummer ab und lässt sich über die Staatsanwaltschaft Akteneinsicht gewähren, informierte **Herr Rabestein**. In der Regel möchten die Geschädigten nur die Bescheinigung der Anzeigenerstattung. Er wies darauf hin, dass viele Räder, Hauseingänge und Keller schlecht gesichert sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** bedankte sich im Namen des Ausschusses für die Ausführungen.

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 4.1      **Zweckvereinbarung über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen durch die Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VI/2017/02900**

---

**Herr Teschner** führte in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung; Vereinbarungen von anderen Kreisen werden nach und nach folgen.

**Herr Aldag** merkte an, dass die Zweckvereinbarung vom Landkreis Stendal im System hinterlegt, aber in der Vorlage nicht aufgeführt ist. Darauf teilte **Herr Teschner** mit, dass nur über die Vereinbarungen vom Landkreis Saalekreis, Salzlandkreis, Harz und von der Stadt Dessau-Roßlau abgestimmt werden soll.

**Herr Juister** wies darauf hin, dass die Begrifflichkeiten in der Zweckvereinbarung nicht gegendert sind, obwohl die Umsetzung von geschlechtergerechter Sprache beschlossen wurde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen:**      **einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:**      **einstimmig zugestimmt**

#### **Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die als Anlagen beigefügten Zweckvereinbarungen über die Erbringung rettungsdienstlich indizierter Intensivtransportwagen-Leistungen der Stadt Halle (Saale) für

1. den Landkreise Saalekreis
2. den Landkreis Salzlandkreis
3. den Landkreis Harz
4. der Stadt Dessau-Roßlau.

**zu 4.2 1. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2017/02974**

---

**Frau Ruhl-Herpertz** führte in die Vorlage ein. Aus Gründen der Rechtssicherheit soll die Beauftragung der IT-Consult Halle GmbH nebst der durch diese wahrgenommenen Aufgaben in die Satzung aufgenommen werden.

**Herr Aldag** merkte an, dass Mahngebühren in der Satzung nicht mit aufgeführt sind. Er bat um kurze Erläuterung.

Was in einer Satzung stehen muss, ist im § 10 Kommunalabgabengesetz ausdrücklich geregelt. An diese Begrifflichkeiten hat sich die Verwaltung gehalten, informierte **Frau Ruhl-Herpertz**. Mahnung ist nicht Regelungsgegenstand einer Satzung, sondern diese wird im Kommunalverfassungsgesetz und dort in der Gemeindekassenverordnung aufgeführt. Mahnverfahren müssen somit nicht in der Satzung geregelt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen: einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte: einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale).

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen städtischer Bäume  
Vorlage: VI/2017/02962**

---

**Herr Aldag** bat um Stellungnahme zum Antrag seiner Fraktion.

Darauf informierte **Herr Stäglin**, dass in der Stadtratsanfrage zuerst nach dem Bearbeitungsstand aller Baumfällanträge gefragt wurde, also durch die Stadt und Externe. Im Jahre 2016 wurden Fällungen von insgesamt 814 Bäumen nach Baumschutzsatzung genehmigt. 894 Bäume wurden als Ersatzpflanzungen, und damit insgesamt ein Plus, festgesetzt.

Des Weiteren führte er Folgendes aus: Für 188 Bäume, beantragt durch die Stadt, wurde 2016 eine Genehmigung nach Baumschutzsatzung erteilt.

Die dafür als Ersatz festgesetzten Bäume sind nicht im Jahr 2016, aber im Frühjahr 2017 gepflanzt worden. Darüber hinaus sind aus den Vorjahren noch offene Bäume ebenfalls im Frühjahr 2017 als Ersatz gesetzt worden. In den letzten vier Jahren wurden 460 Fällungen beantragt und durchgeführt, im Gegenzug 603 Bäume gepflanzt.

**Herr Stäglich** wies ebenso darauf hin, dass Baumpflanzungen auch außerhalb des geplanten Budgets in erheblichen Größenordnungen stattfinden. 2016 wurden beispielsweise 97 Bäume aus dem Sonderposten „Sturmschäden“ finanziert und ersetzt, 9 Baumpatenschaftsbäume und 6 Bäume im Rahmen einer drittfinanzierten Aufforstungsmaßnahme in Kanena (insgesamt 112 fremdfinanzierte Pflanzungen) gepflanzt.

Die Verwaltung empfiehlt, den ersten Beschlusspunkt anzunehmen und den zweiten abzulehnen, teilte **Herr Stäglich** mit.

**Herr Dr. Fikentscher** befürwortete das Vorgehen der Stadtverwaltung, mehr Bäume zu pflanzen als gefällt werden.

**Herr Aldag** bedankte sich für die Ausführungen von Herrn Stäglich. In diesem Zuge passte er den Antrag im Namen seiner Fraktion dahingehend an, dass sich die Stadt Halle (Saale) nicht mehr verpflichtet, sondern die Umsetzung der Forderungen anstrebt. Des Weiteren wird der letzte Satz im zweiten Punkt gestrichen.

**Herr Misch** bezog ebenso Stellung zum Antrag. Er merkte an, dass durch eine gute Baumpflege einigen Fällungen entgegengewirkt werden kann.

Wenn ein gepflanzter Baum nicht anwächst, wird dieser in der Statistik mit aufgeführt und gibt es dafür eine Ersatzpflanzung, wollte **Herr Müller** wissen.

Wenn die Verwaltung einen geschützten Baum fällen muss, bekommt sie die Auflage, Ersatz zu bringen. Für nicht angewachsene Bäume gilt Gleiches; der Naturwert soll kompensiert werden. Es gibt eine klare Zielsetzung, wie und was nachgepflanzt werden soll, teilte **Herr Stäglich** mit.

**Frau Ruhl-Herpertz** sagte, dass sich die Verwaltung sehr um die Baumpflege bemüht.

**Herr Scholtyssek** stellte fest, dass eine EinzelpunktAbstimmung sinnvoll wäre und die Mitglieder stimmten der Verfahrensweise zu.

**Herr Töpfer** schlug vor, im ersten Beschlusspunkt den Teil „beispielsweise umfangreiche“ zu streichen, da diese Begrifflichkeiten unbestimmt sind. Der Änderung konnte **Herr Aldag** zustimmen und übernahm diese.

Eine Ersatzpflanzung muss nicht immer an der Stelle erfolgen, an der ein Baum gefällt wurde, sagte **Herr Misch**.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** bat um EinzelpunktAbstimmung des geänderten Antrages.

**Abstimmungsergebnis: EinzelpunktAbstimmung**

sachkundige Einwohnerinnen/Einwohner:

Pkt. 1: einstimmig zugestimmt

Pkt. 2: mehrheitlich zugestimmt

Stadträtinnen/Stadträte:

Pkt. 1: einstimmig zugestimmt

Pkt. 2: mehrheitlich zugestimmt

### Beschlussempfehlung:

1. Die Stadt Halle verpflichtet sich, im Fall von erteilten Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen i.S. von § 8 der Baumschutzsatzung bei Bäumen im Eigentum der Stadt festgelegte Ersatzpflanzungen grundsätzlich in der nächsten Pflanzperiode durchzuführen. Ausnahmen sind dann möglich, wenn ~~beispielsweise umfangreiche~~ Bauarbeiten einer zeitnahen Pflanzung entgegenstehen.
2. Die Stadt Halle ~~strebt an verpflichtet sich~~, auch in den Fällen, in denen bei einem nach Baumschutzsatzung geschützten Baum im Eigentum der Stadt aufgrund einer prognostizierten geringen oder keiner Restlebensdauer keine Ersatzpflanzung zur Kompensation der Bestandsminderung festgelegt wurde, freiwillig Ersatzpflanzungen zu tätigen. ~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat im Entwurf des Haushaltsplanes 2018 einen Vorschlag für ein zusätzliches Budget für diese Aufgabe zu unterbreiten.~~

### zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

### zu 7 Mitteilungen

---

#### zu 7.2 Information zur „Umsetzung von Natura 2000 im Zuständigkeitsbereich der kreisfreien Städte“

---

**Herr Scholtyssek** bat um Rederecht für Herrn Zender und Herrn Pietsch vom Landesverwaltungsamt. Diesem stimmten die Ausschussmitglieder einstimmig zu.

**Herr Zender** führte anhand einer Präsentation in die Thematik von Natura 2000 ein. Er ging unter anderem darauf ein, wie die Natura 2000-Gebiete in Sachsen-Anhalt gesichert werden, was die Landesverordnung beinhaltet und wie der zeitliche Ablauf der Unterschutzstellung aussieht.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

Weitere Ausführungen zu den Schutzgebieten in der näheren Umgebung von Halle (Saale) und den möglichen Inhalten der Landesverordnung machte **Herr Pietsch**. Des Weiteren informierte er über die Terminkette für die Erstellung der Verordnung sowie für die Strukturierung des Ordnungsverfahrens und ging auf die Saale-Elster-Aue ein.

**Herr Müller** bezog sich auf die Schutzbestimmungen, wobei das Einbringen von invasiven Arten verboten ist. Er wollte wissen, was mit den bisher vorhandenen Arten ist, beispielsweise dem Eschenahorn. Weiter fragte er, welchem Anliegen Natura 2000 zu Grunde liegt.

Bei invasiven Arten versucht man Gegenmaßnahmen einzuleiten, informierte **Herr Pietsch**. Es gibt dazu ein Onlineportal, wo man das Auftreten solcher Pflanzen melden kann. Bei Kleinstbeständen ist eine Bekämpfung möglich, bei größeren Ansammlungen gestaltet sich das Zurückdrängen schwierig.

Zur zweiten Frage sagte **Herr Pietsch**, dass bereits festgelegte Richtlinien umgesetzt worden sind. Die vorhandenen Lebensräume der Aue möchte man erhalten und Maßgabe ist, die noch vorhandenen Lebensraumtypen und –arten in ihrem Fortbestand zu fördern. Es gibt auch viele Bereiche, wo eine Kulturlandschaft vorherrscht und diese gepflegt werden muss und der Nutzung zuzuführen ist, damit man sie erhalten kann.

**Herr Scholtyssek** wollte wissen, ob die Pflege der Gebiete den Landkreisen und kreisfreien Städten obliegt.

Die Pflege kann von der Unteren Naturschutzbehörde initiiert werden, aber es können auch Projektträger gebunden werden, meinte **Herr Pietsch**. Notwendige Finanzmittel werden von der EU gestellt und Projekte durch das Land Sachsen-Anhalt kofinanziert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** bedankte sich im Namen des Ausschusses für die Ausführungen.

### zu 7.3 Baumfällliste

---

Es gab keinen neuen Sachstand, somit wurde keine aktualisierte Baumfällliste vorgelegt.

### zu 7.4 Sachstandsbericht Hufeisensee

---

**Herr Stäglin** erläuterte anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand zum Hufeisensee.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

**Herr Aldag** merkte an, dass am Hufeisensee Badeverbot herrscht. Er wollte wissen, wie dort dann Wasserski oder Wakeboard gefahren werden darf.

Aktuell wird dort ebenfalls Wassersport betrieben, informierte **Herr Stäglin**. Die Verwaltung hat ganz bewusst eine hohe Vorsorge gewählt und deswegen das Baden verboten.

### zu 7.5 Information zum Weißbuch "Stadtgrün"

---

**Herr Stäglin** informierte über das von der Bundesregierung herausgegebene Weißbuch „Stadtgrün“. Dazu reichte er pro Fraktion ein Exemplar an die Mitglieder aus.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit fördert im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus Modellvorhaben unter dem Programmtitel „Green Urban Labs“. Die Stadt Halle (Saale) wurde für die Förderkulisse „Green Urban Labs“ mit dem Bereich Freimfelde ausgewählt. Dadurch erhält die Stadt eine gewisse Förderung und bereits jetzt sind erste Finanzmittel vorhanden, um konkrete Ziele in Freimfelde umzusetzen.

Auf der Fläche an der Landsberger Straße 29 soll ein „Bürgerpark“ gestaltet werden. Weiter soll das Thema „urbane Wildnis“ näher betrachtet werden. Die Fassadengestaltung durch das Festival „All You Can Paint“ war erfolgreich. Dementsprechend erhofft man sich viel von der neuen Veranstaltung „All You Can Plant“. Dabei sollen mit Künstlern Wege gesucht

werden für gemeinschaftlich umsetzbare und künstlerisch motivierte Baulücken-, Straßen-, Hof- und Platzbegrünungen.

Leipzig wird ebenfalls im Rahmen der Green Urban Labs gefördert, so dass auch ein Austauschgut möglich ist, teilte **Herr Stäglich** abschließend mit.

## zu 7.6 Information zur Spielplatzplanung

---

**Herr Rost** informierte anhand einer Präsentation über die auf Spielplätzen in der Stadt Halle (Saale) für dieses Jahr geplanten Maßnahmen.

*Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.*

**Herr Koehn** erkundigte sich zum aktuellen Sachstand des geplanten Spielplatzes auf dem offenen Schulhof der Nietlebener Grundschule. Der Förderverein hat dort ein Klettergerüst bereits gesponsert, die Stadt wollte diesbezüglich noch den Fallschutz anbringen.

**Herr Stäglich** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

In welchem Abstand und durch wen wird der Sand auf städtischen Spielplätzen kontrolliert und nach welchen Kriterien wird vorgegangen, wenn ein Sandwechsel notwendig ist, wollte **Herr Misch** wissen.

Diese Kontrollen werden durch die Stadt durchgeführt, teilte **Herr Rost** mit. In der Verwaltung gibt es einen zertifizierten Spielplatzprüfer, welcher alle Spielanlagen mit seinem Team turnusmäßig kontrolliert, so wie es die Vorschriften vorsehen. Sand, welcher als Fallschutz dient, muss nicht jährlich oder zweijährlich gewechselt werden. Bei Sandkisten muss jährlich ausgetauscht werden.

Weiter fragte **Herr Misch**, ob noch viele Verunreinigungen durch Katzen gemeldet werden. Dies konnte **Herr Rost** nicht bestätigen.

**Herr Aldag** bat um kurze Stellungnahme zur Facebook-Meldung zum reparaturbedürftigen Spielplatz in der Paul-Singer-Straße.

**Herr Rost** informierte, dass durch die Umschichtung von Haushaltsmitteln der genannte Spielplatz wieder hergerichtet werden konnte.

**Herr Scholtyssek** erkundigte sich, ob es eine Information zum Spielplatz in der Heimstättensiedlung in Ammendorf-Radewell gibt.

**Herr Stäglich** sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Weiter fragte **Herr Scholtyssek**, ob es einen aktuellen Stand zum Spielplatz Grünzug Büschdorf gibt.

Hierzu befindet sich die Verwaltung in der Planung und strebt das Vergabeverfahren zum Ende des Jahres an, erklärte **Herr Rost**.

## zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

### zu 8.1 Anfrage Frau Krischok zur Straßenreinigung

---

**Frau Krischok** stellte folgende Fragen:

Gibt es Straßen, Rad- oder Gehwege, für die die Straßenreinigungs-klasse aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung in den vergangenen 2 Jahren angepasst wurde bzw. die Anpassung geplant ist? Wenn ja, welche Straßen betrifft das?

**Herr Teschner** informierte, dass im zweiten Halbjahr eine Beschlussvorlage eingereicht wird, worin auch die Änderungen vorgesehen sind und entsprechende Hinweise gewürdigt werden. Die Ideen und Vorschläge werden gesammelt und dann gebündelt vorgelegt.

### zu 8.2 Anfrage Frau Winkler zum Tornauer Weg

---

**Frau Winkler** teilte mit, dass die Beantwortung zur Anfrage Tornauer Weg, warum das Straßenschild zur Begrenzung bis 7,5 Tonnen, noch offen ist.

**Frau Wildgrube** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

### zu 8.3 Anfrage Herr Koehn zum Immissionsschutz

---

**Herr Koehn** erklärte, dass in Heide-Süd im Bereich Walther-Hülse-Straße und Wilhelm-Schrader-Straße die angrenzende Wohnbebauung durch ein Unternehmen auf dem Campus immissionstechnisch überbelastet wird. Im letzten Jahr hat die Verwaltung veranlasst, dass eine autorisierte Firma die Lärm-messung durchführt. Diese hat ergeben, dass die Grenzwerte weit überschritten sind. Hierzu bat er um Stellungnahme.

Vor Erlass einer entsprechenden Verfügung, musste die Situation bauordnungsrechtlich geprüft werden, sagte **Herr Stäglin**. Eine Anhörung wird zeitnah an den Verursacher ergehen mit einer Frist zur Rückäußerung von 14 Tagen. Falls die Rückäußerung unbefriedigend ausfällt, soll eine entsprechende Verfügung bauordnungsrechtlich erlassen werden, um die Störung zu beseitigen.

### zu 8.4 Anfrage Herr Aldag zum Wegebau Nordspitze Peißnitz

---

**Herr Aldag** fragte, ob die Genehmigungsplanung zur Hochwasserschutzmaßnahme Nordspitze Peißnitz vorliegt.

Das Genehmigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse und Auflagen werden in der Entwurfsplanung entsprechend berücksichtigt und dem Stadtrat mit der Vorlage zum Baubeschluss zur Kenntnis und Beschlussfassung vorgelegt, teilte **Herr Stäglin** mit.

#### **zu 8.5      Anfrage Herr Aldag zu einer Baumscheibe in der Lafontainestraße**

---

**Herr Aldag** informierte zur Hochbaumaßnahme auf dem angrenzenden Grundstück Lafontainestraße/Ecke Burgstraße, dort sollten zwei Neupflanzungen bis zum 31.05.2017 stattgefunden haben. Dies wurde bisher nicht umgesetzt, teilte **Herr Aldag** mit. Er bat um Prüfung.

#### **zu 8.6      Anfrage Herr Juister zum Sachstand geschlechtergerechte Sprache**

---

**Herr Juister** wollte wissen, wann die Verwaltung die geschlechtergerechte Sprache in Satzungen anwendet.

Eine schriftliche Beantwortung wurde durch **Herrn Stäglin** zugesichert.

#### **zu 8.7      Anfrage Herr Koehn zum Weißbuch "Stadtgrün"**

---

**Herr Koehn** erkundigte sich zum Weißbuch „Stadtgrün“. Er wollte zum Kapitel 5, Bauwerksbegrünung, wissen, ob es hierzu bereits Vorläufe gibt oder ob man Informationen vom Bund abwartet.

Die städtische Richtlinie zur Fassadenbegrünung befindet sich aktuell in der Bearbeitung, sagte **Herr Stäglin**. Zielsetzung ist eine erste Kommunikation und die Überarbeitung des Klimaschutzkonzeptes.

#### **zu 9        Anregungen**

---

##### **zu 9.1      Anregung Herr Müller zur Friedhofsentwicklungsplanung**

---

**Herr Müller** teilte mit, dass ihm bei einem Termin beim Vorstand des Islamischen Kulturcenters mitgeteilt wurde, dass das muslimische Gräberfeld auf dem Gertraudenfriedhof aktuell ausreichend ist. Allerdings sieht man perspektivisch die Notwendigkeit, dass auch eines auf dem Friedhof Neustadt ausgewiesen wird.

**Frau Ruhl-Herpertz** nahm die Anregung auf.

##### **zu 9.2      Anregung Herr Juister zum Verkehr am Steintor**

---

**Herr Juister** regte an, zu prüfen, ob der Verkehr am Steintor aus Richtung Wasserturm in die Ludwig-Wucherer-Straße für Fahrradfahrer geöffnet werden könnte.

**Herr Teschner** verwies auf die bestehende Ampelanlage. Aus der genannten Richtung gibt es kein passendes Signal; umfangreiche Bauarbeiten wären sonst nötig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Scholtyssek** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Andreas Scholtyssek  
Ausschussvorsitzender

---

Yvonne Richter  
Protokollführerin